

Europa im Juli 2020 – Zwischen Hoffnung und Enttäuschung

Deutschland führt seit dem 1. Juli nach 13 Jahren turnusgemäß wieder den Vorsitz im Rat der Europäischen Union. Damals löste der Ratsvorsitz Blockaden, um dem Lissabon-Vertrag zum Durchbruch zu verhelfen. Heute steht Berlin vor einer ungleich schwierigeren Aufgabe. Um die größte Wirtschaftskrise seit den 1930er-Jahren zu überstehen, muss ein gespaltenes Europa wieder zusammengeführt werden. Nur wenn es gelingt, einen den Herausforderungen der Zeit angemessenen europäischen Finanzrahmen zu vereinbaren, wird die EU handlungsfähig bleiben.

Wir europäischen Föderalisten unterstützen den vorgeschlagenen Wiederaufbaufonds und begrüßen, dass Deutschland und Frankreich endlich starke gemeinsame Impulse setzen. Solidarität und Mut zu Entscheidungen sind nun gefordert. Europa braucht gezielte Zukunftsinvestitionen für eine nachhaltige Transformation seiner Wirtschaft. Nur so kann es seinen Wohlstand, seine Stabilität und seinen inneren Frieden bewahren und auch seinen Beitrag leisten im Kampf gegen den menschengemachten Klimawandel.

„#BesserZusammen“ lautet deshalb das Motto unserer Kampagne für mehr Europa. Dass dieses Leitmotiv, mit dem wir die deutsche Ratspräsidentschaft zu entschlossenem Handeln auffordern, durch die Pandemie so hochaktuell werden würde, hat niemand ahnen können.

Der Europäische Rat konnte sich zwar nach Marathon-Verhandlungen auf einen neuen Finanzrahmen und auf das Aufbauprogramm „Next Generation EU“ einigen. Wir begrüßen dies im Grundsatz, sehen aber wesentlichen Verbesserungsbedarf im Detail. Unsere volle Unterstützung gilt dem Europäischen Parlament, das mit seiner Entscheidung vom 23. Juli unter anderem mehr Spielraum für Zukunftsinvestitionen in den

künftigen EU-Haushalten fordert und seine Zustimmung davon abhängig macht, dass ein wirksamer Rechtsstaatsmechanismus eingeführt wird. Nur wenn die ordentlichen und die außerordentlichen EU-Gelder zielgerichtet und gebunden an die Einhaltung der europäischen Werte zum Einsatz kommen, ergeben sie nachhaltig Sinn.

Gewiss muss das Parlament, müssen auch wir Föderalistinnen und Föderalisten, darauf achten, dass die neuen EU-Kompetenzen, die eine Schuldenaufnahme durch die Kommission ermöglichen, nicht zu einem Danaergeschenk werden. Denn es sind eben nicht die Staaten, die für die gemeinsamen Schulden haften. Sie tun dies allenfalls indirekt. Führen die Aufbauhilfen nicht zu guten Ergebnissen, wird der Blick der kritischen Öffentlichkeit sich auf die Gemeinschaftsorgane richten, und viele Regierungen werden der Kommission die Verantwortung zuweisen. Umso wichtiger sind klare Auflagen für den zielgerichteten Mitteleinsatz.

Alles andere als schön anzusehen war das epische Ringen der Staats- und Regierungschefs, in dem es weniger um Europas Zukunft

als um kleine nationale Karos ging. Besonders die reichen EU-Staaten haben sich neue Rabatte ausbedungen. Sie profitieren erheblich vom Aufbaufonds, dessen Schuldentilgung erst dann richtig anlaufen wird, wenn viele der Verhandler jener denkwürdigen vier Tage im Juli 2020 nicht mehr in politischer Verantwortung stehen werden. Und diese Schulden sind nun eben Schulden Europas. Ob das nun ein Integrationsfortschritt war, der uns einer Europäischen Föderation näherbringt, hängt entscheidend von den Verhandlungsergebnissen ab, die das Parlament durchsetzen kann.

Die Europa-Union setzt alle Hoffnungen ins Europäische Parlament. Wir sagen klipp und klar, dass wir die Wiederaufbauhilfen wie auch alle anderen EU-Fördermittel künftig an die Voraussetzung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gebunden sehen wollen. Hier darf es keine Kompromisse geben, weil ein in Unfreiheit vereintes Europa nicht mehr unser Europa wäre. Es wäre fatal, wenn die Pressefreiheit, die Unabhängigkeit der Justiz und weitere Grund- und Freiheitsrechte geopfert würden, um den Mehrjährigen Finanzrahmen und das Wiederaufbauprogramm irgendwie über die Ziellinie zu bringen. ➡



*Schweres Erbe, große Herausforderungen: Zum Auftakt der deutschen Ratspräsidentschaft reiste Bundeskanzlerin Angela Merkel am 8. Juli nach Brüssel zum „Treffen der vier Präsidenten“. Im Büro der Kommissionspräsidentin blieb sie mit Ursula von der Leyen vor einem Foto der Gründerväter stehen. Was den beiden führenden Europäerinnen dabei wohl durch den Kopf ging?
Foto: Etienne Ansotte / EU 2020*

Eine überwältigende Mehrheit der EU-Bürgerinnen und Bürger will keine gelenkte Demokratie. Die Europa-Union steht an der Seite all derer, die sich für den Erhalt der europäischen Werte einsetzen. Auf welchen Wegen und Umwegen wir schlussendlich das ersehnte Ziel eines europäischen Bundesstaats erreichen, ist von nachrangiger

Bedeutung. Seine freiheitliche Verfasstheit darf nicht in Zweifel stehen.

Auch deshalb ist es wichtig, die Menschen endlich in den Dialog um Europas Zukunft einzubeziehen. Wir erwarten von den drei Europäischen Institutionen, vor allem dem Rat, ein schlüssiges Konzept für die Zu-

kunftskonferenz, damit sie spätestens 2021 unter Beteiligung der organisierten Zivilgesellschaft und zufällig ausgewählter, aber sorgfältig auf ihre Aufgabe vorzubereitender Bürgerinnen und Bürger starten kann.

*Christian Moos, Generalsekretär der
Europa-Union Deutschland*

Gesundheit!

Die EU braucht mehr Kompetenzen in der Gesundheitspolitik

Das Präsidium der Europa-Union Deutschland (EUD) spricht sich für mehr Kompetenzen der EU in der Gesundheitspolitik aus. Bei aller Anerkennung des Subsidiaritätsprinzips, durch das die Mitgliedstaaten Verantwortung für die Organisation ihres Gesundheitswesens tragen, habe die Corona-Pandemie gezeigt, dass eine europäische Kooperation nicht ausreiche, um Defizite in der Gesundheitsversorgung auszugleichen. Die Europa-Union fordert daher unter anderem ein europäisches Seuchenschutzgesetz, die Ausweitung des Mandats der Europäischen Arzneimittel-Agentur zur Sicherstellung der Versorgung mit wichtigen Medikamenten und medizinischem Bedarf sowie eine eu-

ropäische Datenbank mit anonymisierten Gesundheitsdaten.

Weitere geforderte Maßnahmen sind zudem eine EU-weite Koordinierung von freien intensivmedizinischen Kapazitäten, die Sicherung grenzüberschreitender Pflegedienstleistungen, eine umfangreiche Förderung medizinischer und pharmazeutischer Forschung sowie eine europäische Infektionsschutz-App mit anonymisierten Daten, die den EU-Datenschutzstandards entspricht.

Den gesamten Beschluss finden Sie hier:
<https://www.europa-union.de/politik/beschluesse/beschluesse-nach-jahren/2020> ■



Coronaabwehr: Auch der Kampf gegen die Pandemie ist eine gemeinsame europäische Aufgabe.

Foto: Xavier Lejeune / EU 2020

Grenzenlos europäisch

Der Schengen-Kodex muss überarbeitet werden

„Die unkoordinierten Grenzschießungen zu Beginn der Ausbreitung des neuartigen Corona-Virus in Europa haben dem Zusammenhalt der EU geschadet“, konstatiert das EUD-Präsidium in seinem Beschluss vom 20. Mai. In den Grenzregionen drohe Vertrauen verloren zu gehen, das in jahrzehntelanger Arbeit aufgebaut wurde. Die Europa-Union fordert deshalb die sofortige Öffnung der Binnengrenzen des Schengen-Raums und, wo Einschränkungen der Freiheitsrechte temporär im Sinne des Seuchenschutzes geboten sein sollten, koordinierte europäische Maßnahmen. „Es darf keine weiteren nationalen Alleingänge

geben!“, bekräftigt der Verband und fordert die Bundesrepublik und ihre Bundesländer auf, mit gutem Beispiel voranzugehen.

„Die Erfahrungen der letzten Zeit haben deutlich gemacht, dass der Schengen-Kodex überarbeitet werden muss: Grenzschießungen bzw. Einreisebeschränkungen müssen die absolute Ausnahme und zeitlich eng begrenzt bleiben. Zudem bedürfen sie der Notifizierung und müssen notwendig verpflichtende Vereinbarungen der Schengen-Partner nach sich ziehen, wann der Normalzustand des freien Reise- und Warenverkehrs wiederhergestellt wird“, so die

Europa-Union. „Im Fall einer Pandemie sollten anstelle einseitiger Grenzschießungen bzw. Einreisebeschränkungen grenzüberschreitende Konzepte zur Prävention bzw. Eindämmung der Pandemie Vorrang haben“, betont die Europa-Union. Hierbei sollten beispielsweise gemeinsame Regelungen für Kontaktbeschränkungen, zur Schließung öffentlicher Einrichtungen, von Restaurants, Geschäften etc. für Grenzregionen angewandt werden.

Den gesamten Beschluss finden Sie hier:
<https://www.europa-union.de/politik/beschluesse/beschluesse-nach-jahren/2020> ■

Enttäuschend!

Die Leitlinien der KMK zur Europabildung lassen zu wünschen übrig

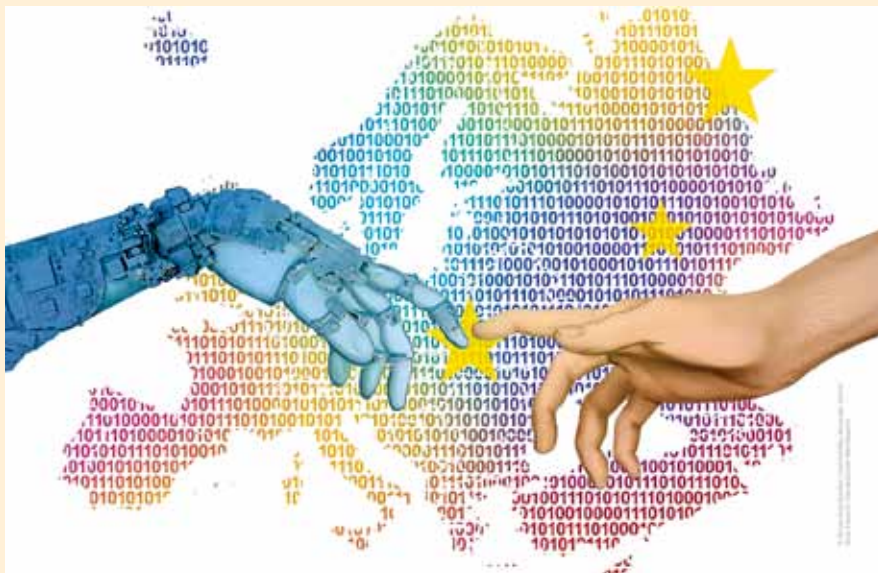
Auf ihrem Bundeskongress 2019 in der Lutherstadt Wittenberg hat die Europa-Union Deutschland die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder (KMK) aufgefordert, eine Diskussion über Leitlinien und Themen europäischer Bildung anzustoßen, die vergleichbare europapolitische Bildungsinhalte in der Bundesrepublik Deutschland zum Ziel hat. Insbesondere sollte über die Lehrpläne der Bundesländer erreicht werden, dass gemeinsame Werte wie Freiheit, Gleich-

Beleg dafür, dass die europäische Integration kein Selbstläufer ist.

Der Mangel an europäischem Bewusstsein ist zum Teil auch eine Folge unzureichender europäischer Bildung. Dass viele junge Menschen ihre Schulzeit ohne ausreichende Kenntnisse über Politik und Organe der Europäischen Union beenden, ist eines der Probleme. Ein anderes ist das mangelnde Verständnis für kulturelle Eigenheiten und gesellschaftli-

kurze Anhörungsfrist am Ende des Prozesses gewährt wurde.

Der Entwurf geht leider nicht auf die erheblichen Probleme der europäischen Integration ein und schafft somit keine Grundlage für eine konstruktiv-kritische Herangehensweise im Unterricht und die erst dadurch mögliche Herausbildung eines wahrhaft europäischen Bewusstseins, das auch die Konfrontation mit der Praxis nicht zu scheuen braucht. Nicht hinreichend thematisiert wird außerdem der Klimaschutz, der gerade bei der heutigen Schülergeneration eine überragende Bedeutung genießt. Beispielsweise sollte der Zielkonflikt zwischen Mobilität und Klimaschutz Gegenstand der politischen Diskussion und mithin Anlass und Gegenstand der Politikdidaktik sein. Eine zeitgemäße Europabildung darf sich nicht allein an hehren Leitlinien orientieren, sondern muss auch Widersprüche sichtbar und zum Gegenstand der politischen Bildung machen, um Schülerinnen und Schüler zu befähigen, zwischen verschiedenen politischen Gütern abzuwägen, zu priorisieren und ihre eigenen dann begründeten Präferenzen zu artikulieren. Zudem wird der immanente Widerspruch, dass sich bei jungen Menschen ein „europäisches Bewusstsein“ oder eine „europäische Identität“ nur schwerlich ausbilden kann, wenn stets die nationale Politik den Referenzrahmen im Unterricht bildet, nicht aufgelöst.



Ganz ohne KMK-Leitlinien erfolgreich: Der Europäische Wettbewerb bringt im 68. Jahr Europa in die Schulen. Das Thema für die neue Runde heißt „Digital EU – and YOU?“ und beleuchtet die Digitalisierung in Europa. Mehr Infos: <https://www.europaewettbewerb.de/> Grafik: Europäischer Wettbewerb

heit vor dem Gesetz, Pluralismus, Toleranz, Solidarität und Menschenrechte nicht nur an nationalstaatlichen, sondern möglichst an geeigneten europäischen Beispielen vermittelt werden. Insbesondere die Gesellschaftswissenschaften und der Fremdsprachenunterricht (z. B. Landeskunde) sollten verstärkt als europäisch veranlagte Bildungsinhalte kommuniziert werden.

Der Grund dafür liegt auf der Hand: Nicht nur am Beispiel des Brexit und der Uneinigkeit der EU in der Flüchtlingsfrage lässt sich ablesen, dass die Lösung europäischer Probleme wieder zunehmend in nationalen Orientierungen gesucht wird. Auch die nationalstaatlichen Einzelgänge während der Corona-Pandemie sind ein

che Entwicklungen und Herausforderungen in der Europäischen Union.

Im vergangenen Herbst hat sich die KMK tatsächlich an die Überarbeitung ihrer zuletzt 2008 neu gefassten Empfehlung „Europabildung in der Schule“ gemacht, sie soll im Herbst dieses Jahres verabschiedet werden. Ein erster Entwurf der Neufassung ging der Europa-Union Anfang Juni zur Anhörung zu, nachdem die Arbeit dazu bereits im Januar 2020 abgeschlossen wurde. Dass die neu gefasste Empfehlung den Erwartungen nicht gerecht werden konnte, war deshalb umso enttäuschender, weil einerseits ein früheres Angebot der Europa-Union zur Zusammenarbeit unbeantwortet blieb und andererseits nur eine unverhältnismäßig

Leitlinien zur Europabildung in Schulen sollten darauf hinwirken, dass die supranationale Ebene gleichrangig in die Politische Bildung mit einbezogen und damit eine grundlegende Orientierung vor dem Hintergrund der zahlreichen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Interdependenzen in einer globalisierten Welt ermöglicht wird. Schließlich wären konkretere Aussagen zur Operationalisierung, beispielsweise zur Stundenzahl, wünschenswert gewesen. In der vorliegenden Form sind die neu gefassten Leitlinien leider wenig geeignet, einer Europabildung, die den Namen verdient hat, den Weg zu ebnen.

Dr. Norbert Herhammer,
Mitglied des Präsidiums der Europa-Union
und Sprecher der AG Europabildung

#BesserZusammen

Verbandskampagne zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft

Mit dem Start der deutschen EU-Ratspräsidentschaft geht die gemeinsame Kampagne von Europa-Union und JEF in die heiße Phase. #BesserZusammen lautet unser Motto. Denn nur gemeinsam können wir in der EU die großen Herausforderungen der Zukunft bewältigen. Dieses gilt besonders für die Bekämpfung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen.

Alle Kreis- und Landesverbände sowie auch einzelne Mitglieder sind eingeladen, sich mit eigenen Ideen und Aktionen einzubringen und sich an unseren Aktivitäten zu beteiligen. Die Bundesverbände von Europa-Union und JEF flankieren dabei mit Rezepten für neue Formate und Veranstaltungen, Werbematerialien, Designvorlagen für Social Media Posts und anderen Angeboten. Bei bereits geplanten Veranstaltungen zur Ratspräsidentschaft im Kreisverband kann zum Beispiel der Kampagnen-Slogan mit verwendet werden und die #BesserZusammen-Grafik für die Einladung. Zu den europäischen Ministertreffen können (Online-)Diskussionen mit dem Thema der EU-Ratstagung organisiert werden. Und wie wäre es mit



einer Fahrradtour zu europäischen Orten in der eigenen Stadt, bei der auch die Ratspräsidentschaft zum Thema gemacht wird? Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt.

Auch für die Pressearbeit vor Ort gibt es Unterstützung. Unsere Musterpressemitteilung zum Start der Ratspräsidentschaft wurde bereits von vielen Verbänden aufgegriffen. Pressevorlagen zu weiteren ausgewählten Themen folgen.

Europa-Union und JEF werden die Ratspräsidentschaft auch stark in den Sozialen Medien begleiten. Bei Facebook und Twitter werden regelmäßig Posts mit Informationen zur Ratspräsidentschaft und unseren Forderungen veröffentlicht. Die JEF ist auch auf Instagram aktiv. Die Reichweite der Posts wächst umso mehr, je öfter sie von unseren Verbänden und Mitgliedern geteilt und mit „Gefällt mir“ markiert werden. Jede und jeder kann also mithelfen, das Thema und unsere Anliegen bekannter zu machen! Auch bei unserer Bürgerdialog-Reihe „Europa: Wir müssen reden!“ wird die Ratspräsidentschaft regelmäßig Thema sein. Da wir aufgrund der Corona-Pandemie die Veranstaltungen online stattfinden lassen, kann man von überall aus teilnehmen. Helfen Sie mit, die Online-Dialoge vor Ort bekannt zu machen. Vielleicht möchte ein Kreisverband seine Mitglieder einladen, sich gemeinsam zuzuschalten, und beim nächsten eigenen (Online-)Stammtisch das Thema weiter vertiefen?

Halten Sie uns über Ihre Planungen auf dem Laufenden. Wir freuen uns über Ankündigungen an info@europa-union.de. Verlinken Sie die Europa-Union Deutschland auch in den Social Media Posts zu Ihren Aktionen und Statements. Und tragen Sie Ihre Veranstaltungen bitte auch in unseren Online-Kalender www.europatermine.de ein.

Nur gemeinsam machen wir die Kampagne zu einem Erfolg. Denn nicht nur für Europa gilt: #BesserZusammen! ■

INFOS, PRAXISTIPPS & MATERIALEN

Websites

Kampagnen-Webseite JEF & EUD: www.jef.de/eu2020
Kampagnenbereich der EUD: www.europa-union.de/eu2020
Webseite der deutschen EU-Ratspräsidentschaft: www.eu2020.de

Materialien

- Karabinerhaken mit #BesserZusammen-Kärtchen
 - Mitmachplakat „Mein Rat, Dein Rat“
 - Europa-Herzkranz-Schablone
 - neuer Europa-Union Flyer und vieles mehr
- zu bestellen auf der EUD-Website: <https://www.europa-union.de/service/eud-werbemittel>

Social Media



@EuropaUnionDeutschland (<https://www.facebook.com/EuropaUnionDeutschland>)



@EuropaUnionDE (<https://www.twitter.com/EuropaUnionDE>)



@JEF.de (<https://www.facebook.com/JEF.de>)



@JEF_de (https://www.twitter.com/JEF_de)



@jef.deutschland (<https://www.instagram.com/jef.deutschland>)

Na bitte! Es geht auch online! Bürgerdialoge in Zeiten von Corona

Wie viele andere Projekte auch stand die EUD-Bürgerdialogreihe mit Auftreten der Corona-Pandemie und den damit verbundenen Kontaktbeschränkungen vor der großen Frage: Wie geht's weiter? Die Antwort lag in der Digitalisierung vieler Formate und dem Ausweichen auf den virtuellen Raum. Auch wenn die persönlichen Begegnungen und der zwischenmenschliche Austausch im Rahmen von Diskussionsveranstaltungen natürlich fehlen, konnte man sehr schnell feststellen: Das interaktive Konzept funktioniert auch online sehr gut!

So kann zur Jahresmitte eine positive Zwischenbilanz gezogen werden: In den letzten 3 Monaten wurden sieben Online-Bürgerdialoge durchgeführt sowie 26 kleinere interaktive Online-Veranstaltungen in unserem Quartiersgespräche-Format in Zusammenarbeit mit lokalen Gliederungsverbänden der Europa-Union und den Jungen Europäischen Föderalisten. Die diskutierten Themen reichten von Fragen der Solidarität und des Miteinanders in der EU vor dem Hintergrund von Corona, z. B. in Bezug auf Städtepartnerschaften und Grenzregionen, bis zu Diskussionen um Finanzen, über den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas nach der Pandemie oder das aktuelle EZB-Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Auch der Start der deutschen EU-Ratspräsidentschaft wurde mit einem speziellen digitalen Termin unserer Bürgerdialogreihe begleitet und nahm die inhaltlichen Schwerpunkte der Bundesregierung sowie die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger in den Blick.

Hochkarätige Gesprächspartner*innen standen dabei den Teilnehmenden Rede und Antwort, so etwa EU-Kommissar Nicolas Schmit, Bundesarbeitsminister Hubertus Heil, die stellv. Sprecherin der Bundesregierung Ulrike Demmer, die Vertreter der Europäischen Kommission in Deutschland und Polen, Jörg Wojahn und Marek Prawda, die Europaabgeordneten Gaby Bischoff, Anna Cavazzini, Terry Reintke und Sven Schulze, Wissenschaftler wie René Repasi oder Experten wie das Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank, Joachim Wuermeling.

Im Zentrum der Online-Bürgerdialoge stehen die Fragen des Publikums. Je nach Format können die Teilnehmenden ihre Meinungen und Anliegen über eine Chat-Funktion, Social-Media-Kanäle oder durch eigenes Livezuschalten in die Diskussion einbringen. Unterstützt wird dies durch interaktive Umfrage- und Kommentar-Tools, über die sich alle ohne große Hürden beteiligen konnten.

Mit der Resonanz auf unsere digitalen Gesprächsangebote können wir bisher sehr zufrieden sein. Der Vorteil gegenüber Präsenzveranstaltungen vor Ort: Es können sich Interessierte von überall einbringen. Dementsprechend „bunt“ war das Publikum, sowohl was den Standort als auch den persönlichen Hintergrund der teilnehmenden Personen betrifft.

Weitere Informationen, Berichte und teilweise noch abrufbare Livestreams fin-



Familientauglich: Alle dürfen beim Online-Bürgerdialog dabei sein!
Foto: privat

den Sie auf www.eud-buergerdialoge.de/veranstaltungen. Hier werden auch die kommenden Veranstaltungen immer aktuell aufgeführt.

Bitte vormerken!

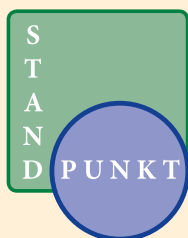
Der erste Termin nach der kurzen Sommerpause steht bereits fest: Am 26. August können ab 17 Uhr Interessierte mit der Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Katarina Barley, mit Peter Clever, Mitglied der Hauptgeschäftsführung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeber, und mit dem Bundesvorsitzenden des dbb Beamtenbunds Ulrich Silberbach zum Thema „Corona – Staat – Europa: Lehren für die europäische Zusammenarbeit“ diskutieren.

Weitere Termine folgen, mit denen die deutsche EU-Ratspräsidentschaft begleitet und europapolitische Diskussionen für eine Vielzahl von Interessierten geöffnet werden sollen. ■



Direkt in Ihr heimisches Wohnzimmer gebeamt: Hochkarätige Europapolitikerinnen und Fachleute.

Screenshots: EUD



Brandenburg

Attentat auf Europa?

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVG) zu den Anleihekäufen der EZB schlug Anfang Mai hohe Wellen. Der Spiegel schrieb sogar von einem „Attentat auf Europa“. Damit stellt sich die Frage, wie man dieses in europäischer Hinsicht höchst bedeutsame BVG-Urteil einschätzen sollte. In der folgenden persönlichen Stellungnahme komme ich – in aller hier gebotenen Kürze – zu folgender Auffassung:

Es ist zunächst die verfassungsrechtliche Perspektive aus Sicht des BVG von der europarechtlichen des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zu unterscheiden. Dann stellt sich die Frage, wie man aus dieser „Kalamität“, dem juristischen Disput zwischen BVG und EuGH, herauskommen könnte. Last but not least gilt es vor allem, die europapolitische Einschätzung nicht zu vernachlässigen und den Blick nach vorne zu richten.

Nach deutschem Verfassungsrecht gibt es eine letzte Hürde für die verfassungsrechtliche Kontrolle von EU-Entscheidungen, die da kurz gefasst lautet: Bei Überschreiten der EU-Kompetenzen („Ultra-vires-Fall“) muss es dem BVG möglich sein, in diesen Ausnahmefällen z. B. die Entscheidungen des EuGH (oder hier der EZB) am Maßstab der Einhaltung des uneingeschränkt in Deutschland geltenden Demokratiegebotes des Art. 20 GG zu prüfen. Begründung kurzgefasst: Die EU sei kein Bundesstaat, sondern ein Staatenverbund bzw. in der EU gelte das Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung, das auch auf den Grundsatz der Wahrung der Verhältnismäßigkeit abstelle (vgl. Art. 5 EUV). Dagegen argumentiert der EuGH in seiner ständigen Rechtsprechung unter Hinweis auf den Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit (Art. 4 Abs. 3 EU-Vertrag): EU-Recht habe Vorrang vor nationalem Recht bei Auslegung von EU-Rechtsnormen. Als Rechtsfolge aus dieser Vorrangregel ergebe sich im Kollisionsfall, dass dem Unionsrecht widersprechendes nationales Recht unanwendbar und ein wirksames Zustandekommen neuer staatlicher Gesetzgebungsakte insoweit

verhindert werde, als diese mit Unionsrecht unvereinbar wären.

Dialog statt Dilemma

Wie könnte man aus diesem Dilemma, dem Widerstreit der beiden Rechtsauffassungen, herauskommen? Zunächst sei bemerkt, dass in manchen EU-Mitgliedstaaten teilweise die BVG-Entscheidung aus politischen Gründen „frohlockend“ zur Kenntnis genommen wurde und nicht auszuschließen ist, dass höchste Verfassungsgerichte anderer Mitgliedstaaten ähnliche Urteile fällen, möglicherweise in ganz anderem Sachzusammenhang (z. B. der EU-Migrationspolitik); darunter dürfte die EU-Rechtsgemeinschaft in besonderer Weise leiden. Deshalb gehe ich davon aus, dass die Kommission als „Hüterin“ des Vertrages offensiv den Vorrang des EU-Rechts verteidigen wird. Dabei dürfte sie zusätzlich auf die ausschließliche Kompetenz der EU im Bereich der Euro-Währungspolitik verweisen, auf die Unabhängigkeit der EZB sowie darauf, dass EuGH-Urteile, die wie hier im Vorabentscheidungsverfahren ergangen sind, für das vorliegende nationale Gericht (hier das BVG) bindend seien. Ich plädiere daher für einen Dialog zwischen EuGH und BVG, um auf Augenhöhe einen „Modus vivendi“ zu finden und zu versuchen, Fälle abzugrenzen, wo es bei grundsätzlicher Wahrung des Vorrangs des Anwendungsrechts von EU-Recht Ausnahmesituationen geben könnte und das mitgliedstaatliche Verfassungsrecht zu beachten ist. Ergänztender Hinweis dazu: Der EuGH räumte an anderer Stelle durchaus ein, dass entstehende Konfliktlagen durch Kooperation zwischen ihm und dem nationalen Verfassungsgericht gelöst werden. Doch zunächst hoffe ich darauf, dass in Umsetzung des BVG-Urteils die EZB die Einhaltung der Verhältnismäßigkeit bei ihren Anleihekäufen nachweisen wird, was dann aus Sicht des BVG die Anleihekäufe rechtens erscheinen ließe.

Rechtsordnung sichern

Rechtspolitisch und mit dem Blick nach vorne gerichtet gilt meines Erachtens aber

Folgendes: Die Rechtsordnung der EU ist ein wichtiges Fundament der EU und verleiht dieser den Charakter einer Rechtsgemeinschaft. Nur über den Weg der Schaffung neuen Rechts und seiner Bewahrung können die Ziele, die mit der Errichtung der EU verfolgt werden, verwirklicht werden. Die Rechtsordnung der EU und die von ihr getragene Rechtsgemeinschaft können nur überleben, wenn Einhaltung und Sicherung der Rechtsordnung gewährleistet sind.

Getragen von dem Ziel, Frieden und Freiheit zu wahren, ersetzt sie die Gewalt als Mittel zur Konfliktlösung durch Regeln des Rechts, die sowohl die Einzelnen als auch die Mitgliedstaaten in eine Solidargemeinschaft einbinden. Dass wir als Europa-Union politisch mehr anstreben als einen bloßen Staatenverbund, wie das BVG postuliert, steht dabei noch auf einem ganz anderen Blatt. Ergänztend erscheint es mir zwingend, den Euro nun endlich durch eine gemeinsame EU-Wirtschafts- und -Fiskalpolitik zu flankieren; aus aktueller Sicht heißt das zusätzlich, das gemeinsame Investitionsprogramm zur Bekämpfung der Corona-Folgen zügig umzusetzen, um damit wichtige Beiträge zu leisten, die Solidarität und das Zusammengehörigkeitsgefühl in der EU wieder zu stärken. Ich hoffe dabei insgesamt sehr auf die gerade begonnene deutsche EU-Ratspräsidentschaft.

*Wolfgang Balint,
Landesvorsitzender der Europa-Union
Brandenburg*



Nordrhein–Westfalen

Austausch mit Ungarn stärken

Warum ist die Demokratie in Ungarn in die Binsen gegangen? Und was bedeutet es, einen nicht mehr demokratischen Staat in der EU zu haben? Antworten auf diese Fragen suchte die JEF-NRW jetzt in der Online-Ausgabe des Formats „Discuss Europe“ mit der Vorsitzenden der UEF Ungarn, Eszter Nagy. Mit ihr diskutierten die Mitglieder des Europäischen Parlaments: Vizepräsidentin Klára Dobrev (S&D), Terry Reintke (Grüne/EFA) und Lena Düpont (EVP).

Das gemeinsame Fazit: Wir versagen als EU den Ungarn nicht nur Schutz vor einer machthungrigen Regierung, sondern unterstützen sogar deren Ambitionen, indem wir ihr Fördermittel überantworten. Gleichzeitig gestalten sich Sanktionen aufgrund des Einstimmigkeitsprinzips im Europäischen Rat schwierig. Übereinstimmung herrschte darüber, dass institutionelle Reformen diskutiert und Rechtsstaatsverfahren modifiziert werden müssen. Lena Düpont stellte klar, dass der Konferenz zur Zukunft Europas dabei eine entscheidende Rolle zukommen könne. Klára Dobrev schloss die Debatte mit deutlichen Worten und einem Auftrag: „Wir europäischen Demokratinnen und Demokraten sind gefragt, mutig und überzeugend für die demokratischen Werte einzutreten und den europäischen Gedanken zu teilen.“ Dies sei zugleich die größte Unterstützung für alle demokratisch Gesinnten in Ungarn. Die JEF will diesen Gedanken aufgreifen und freut sich über interessierte Europäerinnen und Europäer, um den Austausch mit der UEF Ungarn zu intensivieren.

Europa ist endlich in der Verfassung

Monatelang trommelten vor allem die Jungen Europäischen Föderalisten in Nordrhein-Westfalen dafür, den Europa-Gedanken in die Landesverfassung zu bringen. Jetzt kam der Erfolg auf ganzer Linie: Mit dem gemeinsam von CDU, SPD, FDP und den Grünen eingebrachten und am 25. Juni verabschiedeten Gesetzentwurf bekennt sich das Land im Artikel 1

seiner Verfassung, Teil der Europäischen Union zu sein. Weiterhin heißt es im neuen Abs. 3 des Artikels: „Nordrhein-Westfalen trägt zur Verwirklichung und Entwicklung eines geeinten Europa bei, das demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderativen Grundsätzen sowie dem Grundsatz der Subsidiarität verpflichtet ist, die Eigenständigkeit der Regionen wahrt und deren Mitwirkung an europäischen Entscheidungen sichert. Das Land arbeitet mit anderen europäischen Regionen zusammen und unterstützt die grenzüberschreitende Kooperation.“ Was für ein besseres Geschenk hätte sich NRW zum 70. Geburtstag seiner Verfassung machen können? Allemal ist es ein großer Erfolg der JEF-NRW.

Europa schützt (besser)

„.... findet aufgrund der Corona-Einschränkungen nicht statt!“ Diese Erklärung findet sich derzeit auf den allermeisten Internetseiten der EUD-Kreisverbände, wenn es um ausfallende Veranstaltungen geht. Der Kreisverband Steinfurt plante mit den Europaschulen das Projekt „Europa #BesserZusammenMachen“ und sah sich durch den im März verordneten Lockdown daran gehindert. Was blieb, war die Sorge um die Gesundheit der Mitglieder und die Erinnerung an das großartige Projekt des Vorjahres mit den unter der Schirmherrschaft des Europaparlaments stehenden Blauen Friedensschaften. Jedes Mitglied erhielt folglich zur Europawoche 2020 einen Mund-Nasen-Schutz mit dem Aufdruck „Europa schützt“, so

wie es das blaue Friedensschaf auf dem Foto zeigt. Gleichzeitig forderte man die Mitglieder auf, mit dem Tragen des Schutzes ein Zeichen der Zusammenarbeit in Europa auch in Krisenzeiten zu setzen.

Fahrt nach Flandern '21

Auf welchen Fundamenten ruht der europäische Integrationsprozess? Neben der nüchternen Erkenntnis, dass wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklungen viel effektiver im europäischen Rahmen gestaltet werden können, gehört auch wesentlich die traumatische Erfahrung zweier verheerender Weltkriege mit Millionen Toten zu den Grundlagen der europäischen Einigung. Das vom Kreisverband Steinfurt gemeinsam mit dem DEPB-Tecklenburg vom 15. bis 20. März 2021 angebotene Seminar soll in Flandern, wo die Spuren der Kämpfe von 1914 bis 1918 noch immer allgegenwärtig sind, vor allem der Frage nachgehen, welche Konsequenzen sich heute aus der Erkundung von Schlachtfeldern und Soldatenfriedhöfen für die Unterstützung des europäischen Integrationsprozesses ergeben können. Daneben soll auch das moderne Flandern, eine belgische Region mit großem Selbstbewusstsein und wirtschaftlicher Stärke, Gegenstand der Semindiskussion sein. Interessierte sind eingeladen. Informationen können unter der Mailanschrift weberber@t-online.de angefordert werden.

Verantwortlich: Bernd Weber



Zum Europatag 2019 gab es „Friedensschafe“, 2020 Masken ... hier sind beide vereint.

Foto: EUD Steinfurt

Rheinland-Pfalz

EUdentity: Spielend Europa kennenlernen

Die Europa-Union Rheinland-Pfalz gehört zu den Unterstützern eines von Jugendlichen entwickelten politischen Lernspiels rund um Europa und die EU. Das an der Berufsbildenden Schule (BBS) Westerburg konzipierte Lernspiel wird hier von den beiden Juniorbotschafterinnen des Europäischen Parlaments, Hannah Schilling und Erika Willer, vorgestellt:

Das Spiel EUdentity ist das Endprodukt einer fast ein Jahr dauernden Entwicklungsphase, an welcher sich eine kleine, engagierte Gruppe von Schülerinnen und Schülern beteiligt hat. Alle sind als Juniorbotschafterinnen und -botschafter des Europäischen Parlaments an der BBS Westerburg aktiv.



Die Spiel-Erfinder beim Probespielen
Fotos: EUD Rheinland-Pfalz

Von dem Gedanken, ein Spiel rund um die Europäische Union zu entwickeln, waren sofort alle begeistert, und wir machten uns an die Arbeit, unsere Idee in die Tat umzusetzen. Bereits nach kurzer Zeit waren die ersten Hürden genommen und wir visualisierten unsere Idee. Als offensichtliches Element zieren das Spielfeld die Umrisse des europäischen Kontinents, der umlaufen werden muss, um die Spielfiguren sicher ins „Europäische Haus“ zu bringen. Chronologisch nach Beitrittsjahr geordnet passieren die Spieler, wenn auch von unterschiedlichen Startpunkten aus, einmal jeden Mitgliedstaat der Europäischen Union. Die Beitrittsphasen, die üblicherweise summarisch

besprochen und dann schnell wieder vergessen werden, sollen so deutlicher werden und vielleicht auch besser im Kopf bleiben, je häufiger das Spielfeld umrundet wird.

Auch die hierzu notwendigen 16 Spielfiguren, so will es das Konzept des Spiels, stellen den im Spielnamen bereits angedachten dezidierten Bezug zur europäischen Identität her, indem sie Sehenswürdigkeiten zeigen, die symbolisch für das jeweilige Land stehen. Der besondere Clou besteht allerdings nicht allein aus den vielen, in langer Konzeptionsarbeit entstandenen Details, sondern vielmehr in dem Prinzip des Spiels, das den Status als Lern- und Gesellschaftsspiel begründet: So bestimmt nämlich nicht nur der Würfel, wie weit die Spielfiguren sich auf dem Spielfeld bewegen, sondern auch das Wissen der Spielenden. Gelangen die Spieler etwa auf ein Feld, das mit einem Fragezeichen versehen ist, müssen sie eine von über 50 Fragen beantworten, die aus den Bereichen Politik, Geschichte, Geografie oder Kultur stammen. So erfährt der Spieler zum Beispiel nicht nur, wann der Euro eingeführt wurde, sondern auch, aus welchem Land Lego kommt. Die Spielkarten werden außerdem in drei Schwierigkeitsgrade eingeteilt, vom einfachsten (1) bis zum schwierigsten (3) Grad müssen sich die Spielenden willkürlich allen Themen und Schwierigkeiten stellen. Je schwieriger die Frage, desto schneller gelangt die Figur um das Feld.

Als wir die Arbeit an den Fragen abgeschlossen hatten, stellte sich allerdings die für uns nur folgerichtige nächste Frage: Warum sollte ein Spiel, das es sich zur Aufgabe gemacht hat, sich der europäischen Identität auf eine spielerische Art und Weise zu nähern, nur in deutscher Sprache, d. h. mit deutschsprachigen Fragen, erscheinen, wenn doch der europäische Gedanke ganz offensichtlich nicht an Sprachgrenzen endet? Also nahmen wir unsere Fremdsprachenkenntnisse zusammen und übertrugen die Fragen ins Englische, Französische und Spanische, so dass das Spiel auch über den fremdsprachlichen Unterricht in Deutschland hinaus Element einer spielerischen Vermittlung europäischer Identität werden könnte.

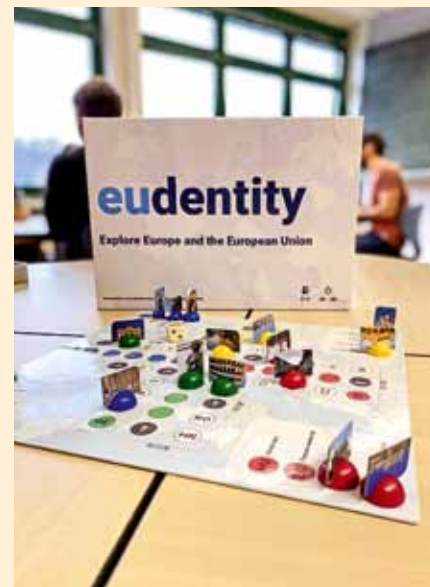
Die gesamte Entwicklung unseres Vorhabens zog sich über mehrere Monate hin; die verschiedenen Stadien, in denen sich das

Spiel zwischenzeitlich befand, wurden nach und nach optimiert, um unserem eigenen Anspruch gerecht zu werden.

Je näher wir unserem Ziel aber kamen, desto mehr wurde uns bewusst, dass wir einen vernünftigen und nachhaltigen Zukunftsplan für unser Spiel gestalten mussten. Als schließlich der erste Prototyp produziert war und es sich abzeichnete, dass das Projekt, das wir beim rheinland-pfälzischen Landesdemokratietag in Ingelheim vorstellten, auf größeres Interesse stieß, entschieden wir uns, Angebote für eine größere Serienproduktion einzuholen, um die Spiele schließlich auch verkaufen zu können. Hierzu gründeten wir die Schülerfirma „Explore Europe“, die als eingetragener Verein nun dazu dient, das von uns im Wirtschaftsunterricht erworbene theoretische Wissen praktisch zu erproben. Durch die großzügige finanzielle Unterstützung des rheinland-pfälzischen Bildungsministeriums und der rheinland-pfälzischen Landeszentrale für politische Bildung im Rahmen der Förderung als Mitglied des Netzwerks „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ konnte das Spiel in einer ersten Auflage von 500 Stück produziert werden.

EUdentity ist für zwei bis vier Personen geeignet und kann sowohl in der Schule als auch am heimischen Esstisch gespielt werden. Das Spiel ist per Mail bestellbar unter: get.eudentity@gmail.com.

Verantwortlich: Lisa Mandau



Hamburg

Europa-Arbeit in Pandemie-Zeiten

Der Corona-Krise wegen hat sich die Arbeit des Landesverbandes in den letzten Wochen und Monaten wie überall ins Virtuelle verlagert. Einige Projekte, die wir noch im Januar auf den Weg gebracht hatten, mussten aufgeschoben werden. Da absehbar ist, dass wir noch für lange Zeit mit Unwägbarkeiten und Einschränkungen aufgrund der Pandemie rechnen müssen, haben wir uns entschieden, einige dieser Vorhaben zunächst in den virtuellen Raum zu verlagern.

So wird unser Fortbildungsprogramm für Aktive, die „Europabotschafter*innen“, im August nun zunächst im virtuellen Format starten. Leider wird es deshalb zum Auftakt kein geselliges gemeinsames Wochenende in Klausur geben; dafür haben wir den Vorteil, dass wir die Plätze zunächst nicht begrenzen müssen. Außerdem bietet die Pandemie auch uns die Chance, unsere digitalen Kompetenzen zu erweitern, und zwingt uns, unsere Medienarbeit noch gründlicher zu prüfen. Ein Vorhaben, das wir schon vor der Pandemie gestartet haben, mit einer Medien-Arbeitsgruppe, die im Februar eingesetzt wurde, nun aber seit Corona sehr regelmäßig tagt, hat stark an Fahrt aufgenommen. Parallel dazu arbeitet die Geschäftsstelle an digitalen Formaten für unsere Arbeit mit jungen Lernenden.

Unser normales Veranstaltungsgeschäft wird zum Teil virtuell weiterlaufen und zum Teil als Hybridveranstaltung, mit geringer Teilnehmerzahl vor Ort und gleichzeitigem Streaming und Interaktionsmöglichkeiten für jene, die sich digital zuschalten. Anmeldungen für begrenzte Plätze vor Ort werden deshalb in der nächsten Zeit obligatorisch sein.

Ob die geplante zusätzliche Mitgliederversammlung als Präsenzveranstaltung stattfinden kann, ist noch offen. Wir wollten dort Raum für die Diskussion der Ergebnisse der Mitgliederbefragung und

die politische Diskussion schaffen und haben Linn Selle, die Präsidentin der Europäischen Bewegung Deutschland, als Rednerin gewinnen können. Nun fragen wir uns: Sollen wir die Veranstaltung gegebenenfalls virtuell organisieren?

Personalwechsel

Unsere Landesgeschäftsführerin Lisa Crinon ist seit Anfang Juli für voraussichtlich ein Jahr in Elternzeit. Vertreten wird sie in dieser Zeit von Merle Andraschko, die schon der ersten Vorstandssitzung beigewohnt hat und am 1. Juli offiziell ihre Arbeit bei uns aufnahm.



Merle Andraschko vertritt Lisa Crinon in der Landesgeschäftsstelle.
Fotos: EUD Hamburg

Nach einem Studium der Frankoromanistik und Politikwissenschaft sowie Aufenthalt in Frankreich und Belgien hat sie ihren Master in Interdisziplinären Europastudien am Warschauer Campus des College of Europe abgeschlossen. Seitdem hat sie im Projektmanagement in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit gearbeitet.

Auslaufmodell Spitzenkandidaten?

Der Landesverband hat sich in seiner ersten virtuellen Veranstaltung mit einem institutionellen Kernthema beschäftigt: dem gescheiterten Spitzenkandidatenprozess, zu dem nun auch die ersten politikwissenschaftlichen Untersuchungen vorliegen. Darunter schien uns insbe-



Was hat das Spitzenkandidaten-Modell gebracht? Diskutiert wurde online darüber.

sondere eine Studie von Prof. Dr. Edgar Grande und Dr. Guillem Vidal interessant. Sie zeigt, dass die Spitzenkandidaten von den meisten Wählerinnen und Wählern nicht wahrgenommen wurden und keinen nennenswerten Einfluss auf die Wahlentscheidungen hatten.

Der Historiker Manuel Müller, der auf seinem Blog „Der (europäische) Föderalist“ eine Serie mit Expertenkommentaren zum Spitzenkandidatenprozess veröffentlichte, hielt dem unter anderem entgegen, dass Spitzenkandidaten durchaus nützliche Effekte gehabt hätten. So seien die Spitzenkandidaten sicherlich ein Grund gewesen, warum sich Manfred Weber im Vorwahlkampf von dem ungarischen Autokraten Viktor Orbán distanzierte. Spitzenkandidaten könnten also durchaus eine sinnvolle politische Funktion haben.

Der Mitschnitt ist auf unserem Youtube-Kanal zu finden. Moderiert wurde die Veranstaltung von der Politikwissenschaftlerin und ehemaligen JEF-Bundesvorsitzenden Dr. Yvonne Nasshoven.

Verantwortlich: Lars Becker



Hessen

Europawoche im Netz

Erstmals wurde zur Europawoche nicht vor Ort diskutiert: In einer Videokonferenz kamen am 7. Mai Engagierte aus dem Landesverband sowie den Kreis- und Ortsverbänden digital vernetzt zusammen, um Perspektiven und Chancen der europäischen Zusammenarbeit in Zeiten der Corona-Pandemie zu erörtern. Die Diskussion fand im Lichte des 70. Jahrestages der Schuman-Erklärung als „Geburts-tag der Europäischen Union“ und dem 75. Jahrestag des Kriegsendes in Europa statt.

Nach einem Bericht des Europaabgeordneten Prof. Sven Simon (CDU), gleichzeitig stellvertretender Landesvorsitzender der Europa-Union, über aktuelle Debatten im Europaparlament erwartete die Teilnehmenden ein lebendiger Austausch zu ersten Erfahrungen der Verbände bei der Nutzung digitaler Formate, die Auswertung der Ergebnisse des 67. Europäischen Wettbewerbs und die Planung kommender, auch virtueller Aktivitäten.

JEF Hessen

Attraktive Online-Formate: Die Europawoche nutzten die Jungen Europäischen Föderalisten hessenweit für vielfältige digitale Angebote.

Die JEF Frankfurt veranstaltete einen virtuellen Stammtisch zum Thema „Europäischer Schienenverkehr“ und widmete sich etwa Fragen zur EU-weiten Infrastruktur und zu umweltfreundlichen Beförderungsmöglichkeiten. Die JEF Marburg lud zu einem digitalen Europacafé ein. Thema: „The EU as a paper tiger“. Dabei wurden vor allem Fragen bezüglich Demokratie und Rechtsstaat in Polen und Ungarn erörtert. Die JEF Kassel veranstaltete online ein Europaquiz, während die JEF Mainz-Wiesbaden zu einem virtuellen Stammtisch zum Thema „Europäische Perspektiven in der Gesundheitspolitik“ zusammenkam.

Kassel

Ohne Sprachbarriere: Der Kreisverband organisierte einen Online-Bürgerdialog zum Thema „Europa steht vor gigantischen He-

erausforderungen – nur gemeinsam können wir sie bestehen“. Dabei war für Simultanübersetzung gesorgt. An dem virtuellen Format nahmen Interessenten aus verschiedenen EU-Staaten teil.

Wiesbaden-Rheingau-Taunus

Treffen unterm Baum: Am Europatag, der auf die Gründung der EU-Vorläuferin Montan-Union zurückgeht, trafen sich Mitglieder des Kreisverbands am Europa-Baum in der Landeshauptstadt Wiesbaden. Er steht dort am Markt in zentraler Lage als Zeichen der Europäischen Einheit und des Friedens.

Peter H. Niederelz, Vorsitzender der Europa-Union in der Region, betonte in seiner Ansprache, dass die EU gerade in schwierigen Zeiten wie der jetzigen unter Beweis stelle, dass Zusammenhalt und Zusammenarbeit viel besser für alle sei, als wenn man sich auseinanderdividieren lasse. Martin Rabanus, Bundestagsabgeordneter und Mitglied der Europa-Union, hob die Bedeutung des 8. Mai hervor als Tag des Endes der Nazi-Barbarei und unterstrich den Zusammenhang mit dem 9. Mai als Tag der Grundsteinlegung für unsere EU.



Europatag mit Maske: Peter H. Niederelz und Martin Rabanus vor dem Europa-Baum Foto: EUD Hessen

Frankfurt

International vernetzt: Zu einer englischsprachigen Videokonferenz zum The-

ma „Is Covid-19 a threat to EU?“ konnte die Europa-Union Frankfurt zahlreiche Teilnehmende begrüßen. Im Vorfeld hatten die Veranstalter Fragen zugelassen, die sich insbesondere dem Spannungsfeld bezüglich der Entwicklung der EU unter Covid-19 widmeten. Zum Beispiel: Glauben Sie, dass die Corona-Krise Nationalismus und totalitäre Regierungssysteme stärkt? Welche Folgen haben die Grenzschließungen zwischen den EU-Staaten? Wie wird der EU-Staat, in dem Sie leben, nach der Krise aussehen?

Lahn-Dill

Diskussion zum Nach-Schauen: Spontan und trotzdem sehr professionell produzierte das Wetzlarer Unternehmen CB Akustik auf Wunsch der Europa-Union Lahn-Dill, des Lahn-Dill-Kreises und der Stadt Wetzlar eine rund einstündige Sendung zur Europawoche 2020, die bei YouTube abrufbar ist unter: <https://bit.ly/2Ld4IIC>.

Der Moderator, Journalist und Kulturschaffende Frank Mignon interviewte mit dem Europa-Union-Kreisvorsitzenden Sven Ringsdorf interessante Gesprächspartner aus Wetzlar, dem Lahn-Dill-Kreis und Hessen: Europa-Staatssekretär Mark Weinmeister (CDU), Wolfram Dette (FDP), Kreisbeigeordneter des Lahn-Dill-Kreises für Europa und Wirtschaft, und Karlheinz Kräuter (SPD), Partnerschaftsdezernent der Stadt Wetzlar.

Anlässlich des 70. Jahrestags des Schuman-Plans rückten die Diskutanten Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Europäischen Union in den Fokus: Neben Städtepartnerschaften, wirtschaftlichen Aspekten und der Bedeutung der Europa-Union für die europäische Idee ging es auch um Visionen und Chancen des Gemeinschaftsprojektes.

Video- und Musikgrüße aus Wetzlars Partnerstädten Avignon (Frankreich), Colchester (Großbritannien), Pisek (Tschechien), Neukölln (Berlin) und Ilmenau (Thüringen) zeigen, wie Partnerschaften auch in Zeiten der Corona-Pandemie gelebt werden können.

Verantwortlich: Sven Ringsdorf

Saar

Jetzt erst recht! Aktionen an der Grenze

Die Landesverbände von Europa-Union und JEF haben am 9. Mai sowohl an der Grenze zu Frankreich als auch zu Luxemburg ein Zeichen gesetzt: für die europäische Solidarität, für ein Europa ohne Grenzen und für die Zuversicht auf ein krisenfestes Europa der Bürgerinnen und Bürger. Unter Einhaltung der geltenden Abstands- und Hygieneregeln fanden zwei kleinere dezentrale Kundgebungen statt. Das Medienecho zeigte, dass das öffentliche Interesse am Gedenktag für Europa in diesem Jahr besonders groß war.

Die Vorzeichen für dieses Mehrfach-Jubiläum waren denkbar ungünstig. 75 Jahre Befreiung Europas vom Nationalsozialismus, 70 Jahre Schuman-Erklärung und 25 Jahre Schengen-Vertrag und dazu noch die aktuell besonders großen Herausforderungen für die Einheit Europas durch die Corona-Krise. Alle offiziellen Feierlichkeiten zum Europatag waren wegen des Infektionsschutzes bereits abgesagt worden. Doch nachdem am 27. April im Saarland wieder öffentliche Versammlungen unter strengen Auflagen erlaubt worden waren, hatten die Landesverbände von EUD und JEF kurzfristig entschieden, dass dieser bedeutsame Gedenktag für Europa nicht einfach still verstreichen darf. Gerade in einer Zeit, in der es mehr denn je die Stimmen der Verteidiger der europäischen Idee braucht, wollten wir ein Zeichen setzen.

Trotz widriger Umstände haben die europäischen Föderalisten im Saarland somit Beiträge zum Europatag 2020 geleistet. An der Freundschaftsbrücke zwischen Kleinblittersdorf und Grosbliederstroff und auch in Schengen haben sie gemeinsam mit anderen passionierten Europäerinnen und Europäern ein Zeichen für Kooperation und des Zusammenhalts gesetzt und sich für ein demokratisches, freiheitliches, friedliches und soziales Europa der Bürgerinnen und Bürger ohne Grenzen engagiert.

Bei den situationsbedingt klein gehaltenen Feierlichkeiten zum Europatag in Schengen hat der Landesverband Saar das „Manifest für eine europäische Republik“ verlesen. Ulrike



Das Ortsschild in Schengen trägt Trauer: Geschlossene Grenzen zum Jubiläum?!

Fotos: EUD Saarland

Guérot (European Democracy Lab) und Robert Menasse hatten es im Rahmen des European Balcony Project von November 2018 verfasst. „Der 75. Jahrestag der Befreiung Europas vom Nationalsozialismus, der 70. Jahrestag der Erklärung Robert Schumans für ein geeintes und friedliches Europa und der 25. Jahrestag des Schengener Abkommens bieten in diesen schwierigen Zeiten eine

bedeutende Gelegenheit, unserer gemeinsamen europäischen Geschichte zu gedenken und gleichzeitig diese Erinnerungen in eine gemeinsame Zukunft umzuwandeln: eine solidarischere, sozialere und demokratischere“, erklärte die Landesvorsitzende Margriet Zieder-Ripplinger.

Verantwortlich: Jonas Heintz



Europa-Union Saar und JEF Saarland setzten am Europatag Zeichen für die europäische Solidarität und für offene Grenzen.

Baden-Württemberg

Neue Online-Reihe

Der Landesverband startete zur Europawoche ein neues Format: „Europacafé online: 60 Minuten Europa im Austausch“. Gäste aus Politik, Wissenschaft, EU-Institutionen, Verbänden oder der Landesverwaltung stehen für eine Stunde zur Diskussion bereit. Den Auftakt machte am 2. Mai die Landesvorsitzende Evelyne Gebhardt MdEP zum Thema „Wie arbeitet das Europäische Parlament in Corona-Zeiten?“. Sie nahm Stellung zu Corona-Bonds, Grenzschießungen, Wertgutscheinen, den Aufbau von Produktionsketten in Europa und berichtete über die neuesten Entwicklungen bei den Brexit-Verhandlungen.

Danach folgten weitere Ausgaben:

- Zur Lage in Spanien und Italien berichteten die UEF-Mitglieder Alejandro Cordero (Spanien) und Stefano Milia (Italien).
- Die EU-Gesundheitspolitik war das Thema von Andreas Glück MdEP, der selbst Mediziner und Mitglied im Ausschuss für Umweltschutz, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit des Europäischen Parlaments ist. Er berichtete u. a. über die derzeitigen Zuständigkeiten der EU im Gesundheitsbereich und die möglichen Konsequenzen aus der Corona-Pandemie.
- Bei der 5. Ausgabe ging es Bodo Lehmann, Leiter der Landesvertretung Baden-Württemberg in Brüssel, darum, wie die Corona-Pandemie den Brüsseler Politikbetrieb verändert.
- Am 9. Mai stellte sich EUD-Präsident Rainer Wieland MdEP den Fragen zum Thema „Spaltet Corona Europa?“. Dabei wurde etwa über die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf das Zusammenleben in der EU, die Konferenz zur Zukunft Europas und die Frage der Hilfen zur wirtschaftlichen Erholung diskutiert.
- Der Vorsitzende des EU-Ausschusses im Deutschen Bundestag, Gunther Krichbaum MdB, nahm Stellung zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die bevorstehende deutsche Ratspräsidentschaft, zur Diskussion über den EU-Aufbauplan und zum EZB-Urteil des Bundesverfassungsgerichts.

• Das Thema: „Europäischer Katastrophenschutz und humanitäre Hilfe der EU in Krisenzeiten“ stand im Mittelpunkt des Europa café online mit Michael Köhler, stellvertretender Generaldirektor bei der Generaldirektion Europäischer Katastrophenschutz und humanitäre Hilfe der Kommission.

• Clément Maury, stellv. Vorsitzender der Jeunes Européens Strasbourg, berichtete in einer weiteren Ausgabe über die Situation in Frankreich.

Die Dokumentation der Events finden Sie unter: <https://europastammtisch.eu/>. Der KV Heilbronn will mit dem neuen Format allen an Europapolitik Interessierten eine weitere Möglichkeit bieten, online zu diskutieren. Alle EUD- und JEF-Mitglieder sind herzlich eingeladen, dabei zu sein!

Trinationales Online-Seminar

Am 18. April organisierten die Jungen Europäer – JEF Oberrhein, der Verbund von JEF Baden-Württemberg, Les Jeunes Européens Strasbourg und Young European Swiss ein Online-Seminar zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Gesprächspartner waren der Co-Vorsitzende der deutsch-französischen Parlamentarierversammlung Christophe Arend, Anne Sander MdEP und der Journalist Kai Littmann. Jakob Rauschert (JEF) moderierte danach einen Austausch mit dem Präsidenten des Oberrheinrates Josha Frey MdL. Weitere Workshops leiteten Alexander Holder (JEF) und Florian Ziegenbalg (EUD). Das spannende Format verdeutlichte den 125 Teilnehmenden, wie wichtig die grenzüberschreitende Zusammenarbeit für ein gelingendes Europa ist.

KV Rems-Murr

Autokino: Europa-Union und JEF Rems-Murr luden zu einem besonderen Event in das Backnanger Autokino ein. EUD-Mitglied und Journalist Ingo Espenschied gab zunächst mit seinem DOKULIVE-Format über die Kinoleinwand interessante Einblicke in die wechselhafte Geschichte Europas und den europäischen



Einigungsprozess seit dem Schumann-Plan. Danach folgte eine Podiumsdiskussion mit dem JEF-Landesvorsitzenden Alexander Holder, dem EUD-Kreisvorsitzenden Markus Götz und Ingo Espenschied.

KV Tübingen

Europawoche online: In Tübingen fand die Europawoche diesmal online statt: Tübinger Jugendparteien diskutierten zum Thema „Europa in der Krise“, Damian Boeselager MdEP hielt einen Vortrag zur Zukunft Europas und Prof. Dr. Gabriele Abels sprach zur „Europäischen Gleichstellungspolitik“.

Junge Europäer – JEF

Don't touch my Schengen: Die Jungen Europäer – JEF und die Jeunes Européens Strasbourg zeigten an beiden Rheinufern in Kehl und Straßburg Flagge für ein vereintes Europa und offene Grenzen.



Fotos: EUD Baden-Württemberg

Verantwortlich: Florian Ziegenbalg

Schleswig-Holstein

Europawoche: 2020 ganz digital

Die Europawoche ist vielen als eine Woche bekannt, in der verschiedene Veranstaltungen und Straßenaktionen im ganzen Land zu finden sind. Angesichts der Corona-Krise lautete das Motto bei der Planung in diesem Jahr: Umdenken und nach digitalen Alternativen Ausschau halten. Neben Verweisen auf Onlineaktionen wie beispielsweise Web-Seminare, Bürgerdialoge und digitale Mitmachaktionen gab es eine Reihe eigener Beiträge und Aktionen, welche während der Europawoche auf unseren Onlineplattformen mitverfolgt werden konnten.

Gestartet ist unsere digitale Europawoche mit einem Rückblick zur Europawoche 2019. Neben informativen Beiträgen wie zum 70. Jahrestag der Schuman-Erklärung und eine Umfrage zum Europatag fand ein Schreibwettbewerb statt.

Um ein Stück weit Normalität in die virtuelle Veranstaltungswoche zu bringen, ist es uns ein großes Anliegen gewesen, möglichst viel Kontakt zu unseren Followern sowie anderen Kanälen aufzubauen, um zwar digital, dennoch gemeinsam die Europawoche erleben zu können. Zum einen haben wir uns mit der JEF Schleswig-Holstein und JEF Osnabrück zusammengeschlossen und per Videochat eine kurze Quizshow aufgezeichnet, welche aus drei Runden bzw. Rubriken bestand. Das Europaquizvideo bot vielerlei Vorteile. Neben

der Kooperation mit anderen Kanälen hatten die Zuschauer die Chance, mitzuraten und gleichzeitig spielerisch ihr Wissen über die EU zu testen. Zum anderen haben wir an verschiedenen Aktionen teilgenommen, welche gezielt darauf ausgerichtet waren, mit EU-Bürgerinnen und -Bürgern insbesondere in Zeiten der Corona-Krise im Gespräch zu bleiben und diese digital zu unterstützen. Ein Beispiel hierfür ist die „Heart across Europe“-Aktion der JEF Deutschland gewesen.

Auch wenn die digitale Europawoche mit ihrem klassischen Format nicht zu vergleichen ist, so hat sie uns doch einiges gelehrt und gezeigt, dass Zusammenhalt keine Frage des Standorts ist.

Verantwortlich: Carina Strüh



Mein
Europäischer
Moment

Erasmus verbindet!

Im warmen Frühling 2019 durften wir an einem Erasmus-Intensivprogramm unserer Europa-Universität Flensburg zum Thema „Creative Democracy“ teilnehmen. In Budapest waren wir Teil einer bunt gemischten, jungen Studiengruppe: 31 junge Menschen, zehn Nationen, sieben Sprachen. Zehn Tage, Tausende kleine und große europäische Momente – in Gesprächen und Diskussionen im akademischen und privaten Rahmen. Gemeinsames Wohnen, Kochen, lange Tage und Nächte, angefüllt mit dem Austausch von Ideen, der Erfahrung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden: All das ließ uns verstehen, was John Dewey 1939 mit „the heart and final guarantee of democracy“ meinte.

Bis heute tauschen wir uns online aus, auch über die aktuelle Lage in ganz Eu-

ropa. Deswegen können wir für uns sagen: Europa und Erasmus verbinden nicht nur gestern und heute, sondern auch in diesen schwierigen Zeiten.

Anna Vormann und
Henning Evers,
JEF Flensburg



Die Autoren in Budapest

Foto: privat

Was war Ihr „Europäischer Moment“?!

Manche Erlebnisse lassen uns ganz besonders erleben, dass wir nicht nur Bayern oder Hamburgerinnen sind, sondern Kinder Europas. Wann haben Sie sich zuletzt „europäisch“ gefühlt? Beschreiben Sie Ihren „Europäischen Moment“ doch kurz (bis 500 Zeichen) oder etwas länger (bis 1200 Zeichen inkl. Leerzeichen)! Wir werden Ihre Erlebnisse in loser Folge veröffentlichen – gerne mit Foto. redaktion@europa-aktiv.de.

Wir freuen uns auf Ihre Erlebnisse!

Niedersachsen

Aktiv trotz Corona

Die Pandemie hat auch die Planungen unseres Landesverbandes für die letzten und die nächsten Monate zunichte gemacht. Aber trotz Versammlungs- und Kontaktverbots lässt sich festhalten, dass die Arbeit in unserem Verband nicht ruht. So tagte der Landesvorstand mehrfach im Rahmen von Telefon- oder Videokonferenzen – mit sehr ansprechenden Ergebnissen. Viele Kreisvorsitzende waren diesen Besprechungen ebenfalls zugeschaltet. Und manche komplizierte Beratung wurde in seltener Konzentration und Kontinuität geführt. Dies belegt, dass in einer Krise auch oft eine Chance liegt. Die Mitglieder unseres Landesverbandes können auf jeden Fall die Gewissheit haben, dass zahlreiche Aktivitäten „in der Pipeline“ sind, die – sobald die Versammlungsbeschränkungen endlich aufgehoben sind – unserer Arbeit neuen Schwung geben werden. Dazu gehört etwa die Landesversammlung 2020, die in Helmstedt nahe des ehemaligen Grenzübergangs stattfinden und die deutsche (und damit auch europäische) Einigung zum Inhalt haben soll.

Es sind nicht wenige Herausforderungen, die gerade jetzt, in der Krise, offensichtlich werden. Denn wer in diesen Tagen liest, was z. B. in Sozialen Medien an Verschwörungstheorien und Mutmaßungen angesichts der Einschränkungen zur Bekämpfung der Corona-Krise behauptet wird und teils widerliche (Stil-)Blüten treibt, wird erkennen, wie wichtig unsere Arbeit für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte jetzt ist und in Zukunft weiterhin sein wird.

Brief an Europa

Warum in Griechenland schnell und solidarisch gehandelt werden muss: Das begründete die JEF Niedersachsen in einem offenen Brief:

„Liebe europäische Regierungen, wir wollen und können nicht weiter dabei zusehen, wie sich die Lage an der türkisch-griechischen Grenze zunehmend verschärft. Unzählige Menschen befinden sich auf der

Flucht in der Hoffnung, wieder in Frieden und Sicherheit leben zu dürfen. Stattdessen müssen sie unter menschenunwürdigen Umständen darauf warten, dass sie die EU-Außengrenze überqueren können, weil Griechenland und die EU diese Grenze vehement geschlossen halten. Mehr noch: Die Abschottung der EU-Außengrenze wird mit zahlreichen Mitteln verteidigt und dort eingesetzte Sicherheitskräfte werden zusätzlich verstärkt.

Da sie die Grenze zu Griechenland nicht passieren können, harren dort mittlerweile über 20.000 Geflüchtete aus. Auch wenn sich einige wieder in die Türkei zurückziehen, um dieser Situation zu entkommen, sehen sie sich dennoch mit Diskriminierung und Fremdenhass konfrontiert. Und wenn sie weiterhin in den Flüchtlingslagern Moria und Karatepe auf der Insel Lesbos verbleiben, gibt es für diese erzwungene und unverhältnismäßige Konzentration von Menschen zu wenige sanitäre Anlagen sowie Unterkünfte, die vor den nächtlichen sehr niedrigen Temperaturen schützen könnten.

verschärft diese Situation zusätzlich. Während wir in der privilegierten Situation sind, zuhause bleiben zu können, um soziale Kontakte weitestgehend zu vermeiden, kann ein Kontaktverbot in einem überfüllten Lager schlichtweg unmöglich befolgt werden. Aber auch Geflüchtete haben die gleichen universellen Menschenrechte und müssen sich selbst schützen können. Daher fordern wir dazu auf, dass diese Menschen umgehend auf das griechische Festland gebracht werden!

Mit Blick auf die europäische Lage ist alles startklar: Mehrere Mitgliedstaaten, Städte und Kommunen haben bereits ihre Hilfsbereitschaft signalisiert. Wir sollten diesen Schritt gehen und weitere folgen lassen. Je mehr helfen, umso mehr Hilfe kann geleistet werden.“

Diepholz

Aktion zum 70. Jahrestag der Schuman-Erklärung: Was tun am Europatag in Zeiten von Corona? Noch eine Videokonferenz? Der Kreisverband Diepholz hatte die



„Der Friede der Welt kann nicht gewahrt werden ohne schöpferische Anstrengungen, die der Größe der Bedrohung entsprechen“. Der berühmte Satz Robert Schumans zielt jetzt den EuropaGarten in Syke. Über einen QR-Code können die Besucher sich noch weiter informieren.
Foto: Galian

Jetzt muss vor allem schnell gehandelt werden! Wir verstehen, dass die Welt aktuell von anderen Themen in Atem gehalten wird und katastrophale Zustände andernorts mit gleichem Recht unserer Aufmerksamkeit bedürfen. Dennoch sollte der Grundsatz vorherrschend sein, dort Hilfe zu leisten, wo Schlimmeres durch solidarisches Handeln aller verhindert werden kann! Insbesondere die weltweite Ausbreitung des Coronavirus

Idee, im EuropaGarten in Syke, am Gründungsort der Europa-Union Deutschland, einen weiteren Erinnerungsort zu schaffen und fragte bei den örtlichen Künstlern Elsa Töbelmann und Henning Greve-Töbelmann nach. Sie schufen ein Transparent, mit dem ein profaner Schaltkasten im EuropaGarten sinnvoll verschönert werden konnte.

Verantwortlich: Cord Wilhelm Kiel

Berlin

Krise macht kreativ

Auch die Europa-Union Berlin (EUB) hat sich von Kreativität anstecken lassen und den Kopf zerbrochen, wie sie weiter ihre monatlichen Stammtische während der Corona-Pandemie abhalten kann. Dank moderner Technik und zum Glück voranschreitenden Digitalisierung hat es der Landesverband gewagt, kurzerhand auf das „digiCafé Europa“ umzustellen. Zugegebenermaßen waren wir ziemlich aufgeregt und verunsichert, ob ein virtuelles Treffen wirklich so eine gute Idee ist – aber wer nicht wagt, der nicht gewinnt!

Das erste digiCafé Europa veranstaltete die EUB Anfang April zur europäischen Finanzpolitik. Hoch aktuell war das Thema zu diesem Zeitpunkt, denn es wurde mal wieder über Euro- bzw. Corona-Bonds diskutiert, auch die Aus-

Anschließend entfachte sich eine spannende Diskussion. Mit knapp 20 Teilnehmenden war das erste digiCafé Europa ein voller Erfolg – das war der Startschuss für weitere Runden!

Mitte Mai nutzten wir die Möglichkeit für eine paneuropäische Diskussionsrunde zur aktuellen Lage in drei europäischen Ländern. Wir konnten Luca Argenta, Referent der Friedrich-Ebert-Stiftung aus Rom, Siliva Behrens, PhD-Kandidatin in Glasgow, und Leonie Martin, JEF Europe Präsidentin aus Brüssel, für unseren Stammtisch gewinnen. So europäisch, inspirierend und nahbar war eine Videokonferenz schon lange nicht mehr während des Lockdowns. Die Situationen vor Ort konnten unterschiedlicher nicht sein, dennoch wurde allen klar, wie sehr sich die Sehnsüchte nach Normalität doch ähnelten. An diesem Abend spürte jeder der Teilnehmenden den sogenannten #JEFSpirit, wobei man ihn wohl auch als Föderalisten-Spirit bezeichnen könnte. Wirklich wohltuend!

Am 26. Mai vor einem Jahr fand die Europawahl statt, das haben wir zum Anlass genommen, mit Hildegard Bentele (EVP) und Hannah Neumann (Grüne/EFA) über ihr erstes Jahr im Europaparlament zu sprechen. Wir tauschten uns über ihre persönlichen Herausforderungen und Überraschungen, die bevorstehenden Bewährungsproben und vor allem die nächsten Handlungsoptionen für unsere EU aus. Ein-

einhalb Stunden reichten dafür kaum, es gab noch so viel Gesprächsbedarf, dass wir uns schon auf die nächsten digiCafés Europa freuen. Krise macht also doch kreativ, auch wenn wir uns schon jetzt auf ein persönliches Wiedersehen mit allen freuen!



Virtuell verbunden zwischen Glasgow, Berlin und Rom: Das neue „digiCafé Europa“ vermittelte Zusammenhalt in der Krise.
Grafik: Europa-Union Berlin

weitung des europäischen Rettungsschirms ESM stand zur Debatte. Unsere stellvertretende Landesvorsitzende Lisa Paus, finanzpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag, führte ins Thema ein.



Impressum

3/2020

EUROPA AKTIV – Aktuelles aus Politik und Verbandsleben

Herausgeber:

Europa-Union Deutschland e.V.
Sophienstraße 28/29, 10178 Berlin
Tel.: (030) 303 62 01 30, Fax: (030) 303 62 01 39
E-Mail: info@europa-union.de
Internet: www.europa-union.de

Redaktion:

Kathrin Finke (v.i.S.d.P.)
Birgit Kößling

Redaktionsanschrift:

Sophienstraße 28/29, 10178 Berlin
Tel.: (030) 303 62 01 30
E-Mail: redaktion@europa-aktiv.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 25.7.2020
Annahmetermin für Ausgabe 4/2020: 10.9.2020
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Verbandes sowie seiner Untergliederungen wieder. Für die inhaltliche und sprachliche Gestaltung der Berichte der Landesverbände sind unmittelbar diese selbst verantwortlich. Alle abgedruckten Texte und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Bei Adressänderungen wenden Sie sich bitte an den für Sie zuständigen Landesverband oder direkt an das Generalsekretariat der Europa-Union!

Gesamtherstellung:

SEOTrade Andreas Schreiber
Auf der Ley 5, 53773 Hennef
Mobil: (01 75) 5 28 93 77
E-Mail: info@seotrade.de
Internet: www.seotrade.de

Druck:

GÖRRES-DRUCKEREI UND VERLAG GMBH,
Koblenz/Neuwied
Internet: <http://www.goerres-druckerei.de>

Alle sind herzlich zu den nächsten Terminen eingeladen – Informationen gibt es unter: www.europa-union-berlin.de.

Verantwortlich: Katharina Borngässer

Europa erFAHREN Durch die Stadt radeln

Das Ortsschild mit den Städtepartner-schaften, die mit EU-Mitteln gebaute Brücke, die Europaschule: Auf einer Fahrradtour kann Europa in der eigenen Stadt konkret „erfahren“ werden! Auf zwei Rädern entdecken die Teilnehmenden Europa in den alltäglichen Elementen und Bausteinen der Stadt und erfahren mehr über diese Orte. Sie können zum Beispiel historische Bezüge zu Europa aufweisen, durch europäische Politik beeinflusst oder durch EU-Mittel ermöglicht worden sein. Ziel soll sein, die heutige Entwicklung der Stadt in die europäische einbetten zu können und den individuellen Einfluss darzustellen, den Europa auf die Bewohnerinnen und Bewohner hat. Interaktive Elemente wie Quizfragen oder ein Spiel binden die Mitradelnden aktiv ein. Eine familientaugliche Aktion, die leicht umzusetzen ist: Tourkonzept entwickeln, Stopps recherchieren, Leihräder organisieren und los geht's.

Das detaillierte Rezept für die Veranstaltung finden Sie auf der EUD-Website: <https://www.europa-union.de/service/best-practice>.

Auf europäischen Fernradwegen durch Deutschland

Sommerferien im Ausland – in Zeiten von Corona zögern da viele. Was also tun in der Heimat? „Europa aktiv“ hat eine tolle Idee für Sie: Die europäischen Fernradwege! Zehn von 19 Strecken führen durch Deutschland und die meisten Routen sind gut erschlossen, vielfältig und bieten für jeden etwas. Da ist zum Beispiel die Hauptstadtroute (die von Dublin über London nach Berlin führt und von dort weiter über Warschau und Minsk bis Moskau), die Pilgerroute (von Norwegen bis ins spanische Santiago de Compostela) oder auch der Iron Curtain Trail, der die ehemalige Teilung von Ost und West er-fahrbar macht. Oder darf's – hoffentlich passend zur Jahreszeit – die



Vom Nordkap bis nach Sizilien, vom Atlantik bis ans Schwarze Meer: Das europäische Fernradwegnetz wächst. Grafik: European Cyclists' Federation (CC 4.0 international)

Sonnenroute sein? Ja, auch diese Strecke vom Land der Mitternachtssonne bis nach Malta hinunter führt durch Deutschland. Suchen Sie sich einfach eine aus. Und das Beste: Wenn die Corona-Krise vorbei ist, können Sie einfach auf der nächste Etappe im Nachbarland weiterradeln ...

Infos zu Routen und buchbaren Touren gibt es über die von der European Cyclists Federation und nationalen Verbänden betriebenen Plattform EuroVelo: <https://de.eurovelo.com/>.

Und wenn's mal regnet ...

... dann können Sie mit dem Europa-Union-Sattelschoner trocken weiterradeln und gleichzeitig Flagge für Europa zeigen. Für Ihren Kreisverband haben wir da auch gleich noch ein Rezept für eine Straßenaktion in petto: <https://www.europa-union.de/service/best-practice>. ■



Ein echter Hingucker: Der EUD-Sattelschoner ist über die Bundesgeschäftsstelle zu beziehen. Foto: EUD